

Alexandra Scheele¹

Die Kategorie „Geschlecht“ im Krisendiskurs und politischen Krisenmanagement²

Abstract: Der Beitrag rekapituliert zunächst den medialen Diskurs zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 und analysiert, wie dieser auf die Kategorie „Geschlecht“ Bezug genommen hat. Es wird deutlich, dass Journalisten zwar häufig „Geschlecht“ als Erklärungsvariable bei der Interpretation der Ursachen und Folgen der Krise heranziehen, dabei jedoch häufig auf bekannte Stereotype zurückgreifen. Damit verbunden ist – so die These – nicht nur eine starke Individualisierung von strukturellen Problemen, sondern auch die Gefahr, dass andere gesellschaftliche Ungleichheitsdimensionen ausgeblendet bleiben. Die anschließende Untersuchung des politischen Krisenmanagements zeigt, dass auch diese nicht frei ist von den in der Presse formulierten Annahmen über Geschlecht und bestehende, in Arbeits- und Produktionsverhältnissen eingelagerte geschlechterkulturelle Leitbilder, weshalb – so die weitere Argumentation – Alternativen in Richtung eines geschlechtergerechten und ökologischen Konjunkturprogramms keine Berücksichtigung fanden. Darüber hinaus wird kritisiert, dass die unterschiedliche Wirkung der Konjunkturprogramme und Konsolidierungsmaßnahmen auf Frauen und Männer von den politischen Akteuren weder ex ante noch ex post analysiert wurde.

„Vielfachkrise“ lautet der Titel des Buches, das Alex Demirovic mit KollegInnen herausgegeben hat (2011), und dieser Begriff soll im Folgenden als Hintergrundfolie dienen, um die Kategorie „Geschlecht“ in die Analyse der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise einzubeziehen. „Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht?“ – Diese Frage habe ich im Winter 2008/2009 gestellt, nachdem sich die Immobilienkrise in den USA zu einer globalen Krise nicht nur für die Finanz-, sondern auch für die Realwirtschaft ausgeweitet hatte und auch in Deutschland die ersten Unternehmen massive Absatzschwierigkeiten und Produktionsrückgänge beklagten (Scheele 2009). Es war der Versuch, mein Unbehagen auszudrücken gegenüber a) der medialen Berichterstattung hinsichtlich der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf Arbeit und Arbeitsplätze und b) gegenüber den politischen Maßnahmen, die seitens der Politik eingeleitet wurden, um den konjunkturellen Einbruch abzufedern und einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern. Aus einer Geschlechterperspektive waren sowohl die Berichterstattung als auch die Maßnahmen deswegen problematisch, weil ihr Fokus auf die Kernsektoren der Wirtschaft (Automobilindustrie, Maschinenbau, Bauindustrie) gerichtet wurde – und zwar nicht nur, weil der Anteil dieser Sektoren an der Gesamtwirtschaftsleistung des Landes besonders hoch ist, sondern auch – so zumindest lässt sich der parallele mediale Diskurs interpretieren – weil Männerarbeitsplätze in Gefahr waren. Im Folgenden wird zunächst der mediale Diskurs rekapituliert und untersucht, wie dort auf die Kategorie „Geschlecht“ Bezug genommen wurde. Anschließend werden die Befunde auf das politische Krisenmanagement und damit auf die Ebene der Realpolitik bezogen.

¹ Dr. Alexandra Scheele, Brandenburgische Technische Universität Cottbus. Email: scheele-baer@tu-cottbus.de.

² Ich danke Katharina Bluhm für wertvolle Hinweise zur Überarbeitung der ersten Fassung des Beitrages.

1 Frauen als Krisenprofiteure? Der mediale Krisendiskurs

Nach der Insolvenz der Bank ‚Lehman Brothers‘ in den USA am 15. September 2008, die gewissermaßen den Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise markiert, erschienen in den deutschen Tages- und Wochenzeitungen sowie in den Nachrichten- und Wirtschaftsmagazinen zahlreiche journalistische und populärwissenschaftliche Artikel, in denen „Geschlecht“ und dabei insbesondere die dichotome Gegenüberstellung von Frauen und Männern als Variable zur Erklärung der Vorgänge an den Finanzmärkten und in der Politik herangezogen und stellenweise sogar auf vorgeblich ‚feministische‘ Argumente zurückgegriffen wurde.

Bereits ‚vor der Finanzkrise‘ gab es einen medialen und wissenschaftlichen Diskurs über veränderte Geschlechterarrangements, der den Fokus auf die Emanzipationsgewinne von Frauen richtete. Diese bestünden darin, dass sich durch den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft die beruflichen Möglichkeiten für Frauen erweitert hätten, dass die Bedeutungszunahme von ‚Subjektivierung‘ in der Arbeitskultur dazu geführt habe, dass als ‚weiblich‘ konnotierte Eigenschaften insbesondere im Bereich von Führungskompetenzen aufgewertet würden (vgl. Nickel/Hüning/Frey 2008) und dass rechtliche und formale Maßnahmen zur Gleichstellung (Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, Frauenförderung oder Quotenregelungen) zu einer vermeintlichen Bevorzugung von Frauen in Unternehmen und auf dem Arbeitsmarkt beigetragen hätten. Demgegenüber sei eine „Krise der Männlichkeit“ zu beobachten, die sich darin ausdrücke, dass Jungen zunehmend als Bildungsverlierer gelten und sich im Zuge der Entstandardisierung von Berufsverläufen und der Prekarisierung von Arbeit ihre Optionen eher verringert hätten, da nicht nur immer weniger von ihnen in der Lage wären, die ihnen zugeschriebene Rolle als Familiernährer auszufüllen, sondern darüber hinaus auch die mögliche ‚Alternativrolle‘ des Hausmanns und aktiven Vaters – abgesehen von einigen großstädtischen Milieus – keine allgemeine gesellschaftliche Akzeptanz besitze³ und diese Rollenbilder noch immer mit dem Stigma des beruflichen Verlierers behaftet seien.

Der mediale Diskurs über die Finanz- und Wirtschaftskrise knüpft nun direkt an dieses Unbehagen an – allerdings mit einem zweifelhaften Ergebnis, wie eine Diskursanalyse von Oliver Neuschäfer (2010)⁴ im Rahmen seiner Diplomarbeit zeigt. Neuschäfer hat alle Beiträge, die in den Tages- und Wochenzeitungen „Der Spiegel“, „Handelsblatt“, „Süddeutsche Zeitung“ und „Wirtschaftswoche“ im Zeitraum zwischen dem 1. November 2008 und dem 31. Oktober 2009 zum Thema „Krise und Geschlecht“ erschienen, einer Analyse unterzogen. Insgesamt untersuchte er fünfundvierzig Artikel in den genannten vier Zeitungen und Zeitschriften (Neuschäfer 2010: 53)⁵ und identifizierte dabei (ebd.: 55-60) sieben verschiedene diskursive Themen,

³ In seiner empirischen Untersuchung über aktive Vaterschaft spricht Patrick Ehnis von einer hegemonialen Mütterlichkeit, die darin bestehe, dass es gesellschaftlich und auf der individuellen Ebene geschlechtsbezogene Praxen und Zuschreibungen gäbe, die die Präsenz der Mutter – und eben nicht des Vaters – in den ersten Lebensjahren des Kindes nahe legten (vgl. Ehnis 2009).

⁴ Die Diskursanalyse wurde im Rahmen einer Diplomarbeit am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie an der Philipps-Universität Marburg erstellt. Ich danke dem Autor dafür, dass er mir die Arbeit zur Verfügung gestellt hat.

⁵ Im „Handelsblatt“ erschienen vierzehn Artikel, in der „Süddeutschen Zeitung“ neunzehn, im „Spiegel“ fünf und in der „Wirtschaftswoche“ sieben Artikel, die zu dem erarbeiteten Diskursstrang passen.

die jedoch unterschiedlich häufig auftreten. Nachfolgend fasse ich seine Befunde entsprechend der Häufigkeit ihres Auftretens zusammen und ergänze sie um die von ihm recherchierten exemplarischen Zitate:⁶

- **Frauen als ‚Krisen-Profiteure‘:** Dieses diskursive Thema taucht in den ausgewerteten Zeitungen und Zeitschriften am häufigsten auf. Exemplarische Zitate für diesen Diskurs sind: „Frauen suchen seltener das Risiko beim Umgang mit Geld, investieren eher konservativ – und was früher oft belächelt wurde, gilt jetzt als klug. Als weitsichtig und sicherheitsbewusst.“ (Der Spiegel 5/2009: 46) „Je höher der Frauenanteil in der Führungsriege, desto besser entwickelte sich der Aktienkurs im Krisenjahr 2008.“ (Handelsblatt 3.11.2009: 42), oder auch: „Wissensbasierte Ökonomien fordern ‚weibliche‘ Eigenschaften. Ohne die Fähigkeit, Mitarbeiter für gemeinsame Ziele zu motivieren, die Begabung, Konflikte mit diplomatischen Mitteln zu lösen, und Empathie für die Stakeholder wird die beste Strategie nicht erfolgreich implementiert werden können.“ (Handelsblatt 07.08.2009: 8) „Wenn Länder ihre Frauen und Mädchen gleichberechtigt in das ökonomische Leben integrieren, können sie die aktuelle Wirtschaftskrise schneller überwinden (...).“ (Handelsblatt 28.10.2009: 5) In der „Wirtschaftswoche“ wird Bundesbankpräsident Alex Weber zitiert: „Die Finanzkrise wäre nicht in die katastrophale Zockerei entglitten, hätten Frauen in dieser Branche schon deutlich mehr Führungspositionen innegehabt.“ (Wirtschaftswoche 35/2009: 102) „Weiblicher, weil Unternehmen Frauen suchen, die einen anderen Blick auf die Analyse und Lösung von Problemen haben. Und oft anders und besser kommunizieren.“ (Wirtschaftswoche 29/2009: 98) Und auch in der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es: „Immer wieder zeigen Untersuchungen, dass Unternehmen, die auch weibliche Spitzenkräfte haben, bessere Ergebnisse erzielen als rein männliche Organisationen.“ (Süddeutsche Zeitung 13.11.2008: 17)
- **Männer als Krisenverursacher:** Da im Bereich der Finanzinstitutionen Frauen deutlich unterrepräsentiert sind, wird spekuliert: „Vielleicht (...) wäre so manches in der Finanzkrise anders gelaufen, wenn die Männer nicht so dominant wären.“ (Handelsblatt 14.10.2009: 18) „Zu den Jungs, die an den meisten Stränden nicht mehr mitspielen dürfen, gehört die Commerzbank.“ (Der Spiegel 31/2009: 61) „Die meisten Akteure dieser Krise waren männlich, keine Frage.“ (Handelsblatt 17.07.2009: 9) „Männer haben’s verbockt“ beziehungsweise „die Krise ist männlich“. (Süddeutsche Zeitung 27.04.2009: 17)
- **Biologisierung der Krisen-Ursachen:** Exemplarisch dafür sind die folgenden Zitate: „Vielleicht ist die Neurochemie dafür verantwortlich, dass Männer riskanter wetten. Vielleicht ist es, wieder einmal, das evolutionäre Erbe, dass Männer und Frauen auch ökonomisch unterschiedlich handeln lässt.“ (Süddeutsche Zeitung Magazin 13.03.2009: 14) und „Wir alle wissen ja, dass ein Übermaß an Testosteron im Blut der Investmentbanker zur Finanzkrise beige-

⁶ Sofern nicht anders vermerkt sind die in diesem Abschnitt als Beleg angeführten Zitate der Diplomarbeit von Neuschäfer entnommen und Ergebnis seiner Recherche.

tragen hat. Das Zeug macht aggressiv und bringt die Jungs dazu, zu hohe Risiken einzugehen.“ (Handelsblatt 29.04.2009: 26) Auch in der „Süddeutschen Zeitung“ ist die Rede vom „testosterongesteuerte[n] Bankmanager“ (Süddeutsche Zeitung 15.04.2009: 19).

- **Männer als Hauptbetroffene der Krise**, „(...) weil sie [Männer] öfter in krisenanfälligen Berufen wie Maschinenbau und Autoindustrie arbeiten.“ (Handelsblatt 15.07.2009: 4) „Denn schmilzt der berufliche und wirtschaftliche Erfolg dahin, bedarf das [männliche] Ego besonderer [weiblicher] Streicheleinheiten.“ (Handelsblatt 04.03.2009: 8) „Es sind die maskulinen Jobs, die nicht überleben. Solche, die an ökonomisches Wachstum gebunden sind, in denen Risiko, Konkurrenz, Kraft gefordert werden. Die typischen männlichen Eigenschaften.“ (Süddeutsche Zeitung 14.08.2009: V1/8) „Für die Männer gilt in diesem Frühling: Bloß nicht aussehen wie ein Verlierer“ (Süddeutsche Zeitung 14.03.2008: 21).
- **Krise, Familie und Demographie:** In einigen untersuchten Zeitungen bzw. Zeitschriften gab es auch Artikel, die die Krise mit Familie und insbesondere auch Mutter- oder Vaterschaft in Verbindung gebracht haben. Es wird zunächst allgemein darüber spekuliert, ob in der Krise die Familie wieder stärkeres Gewicht erhält. Daran anschließend wird die Möglichkeit diskutiert, dass Frauen sich überlegen könnten, sich vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und sich wieder stärker um die Familie bzw. das Private zu kümmern. Bei dieser weiblichen „Flucht in die Familie“ (Wirtschaftswoche 25/2009: 16) wird auch vom „Sozialprestige“ der Mutterrolle gesprochen, welches den aufgegebenen Job kompensiere (Wirtschaftswoche 9/2009: 32), und eine Studie präsentiert, nach der die hohe Arbeitslosigkeit eine erhöhte Geburtenzahl fördere (vgl. Neuschäfer 2010: 90). Explizit erwähnt wird in der „Wirtschaftswoche“ das Beispiel einer ehemaligen Anlageberaterin, die darüber glücklich ist, durch ihren ungewollten Jobverlust endlich mehr Zeit für ihre Familie und ihre Kinder zu haben: „Das genieße ich jetzt und vielleicht ist das irgendwie alles auch ein Glücksfall“ (Wirtschaftswoche 25/2009: 16). Es gibt umgekehrt keine Artikel, die dieses Modell für Männer empfehlen, vielmehr wird in den meisten Artikeln betont, dass sich Männer viel mehr als Frauen über ihre Erwerbsarbeit identifizieren und Kinder für Männer daher „kein Prestige bringen“ (Süddeutsche Zeitung 14.08.2009: V1/8), während für Frauen der berufliche Erfolg generell nicht denselben Stellenwert wie die Familie habe. Eine (temporäre) Rückkehr ins Private besteht für Männer dann höchstens darin, sich dort von den Herausforderungen des Marktes zu erholen: „Starke Männer suchen gern Zuflucht beim schwachen Geschlecht, zumal in schwierigen Zeiten.“ (Handelsblatt 04.04.2009: 8)
- **Rollenerwartung und Rollenzuschreibung in der Krise:** Neuschäfer bezeichnet dieses Diskursthema als „Behelfskategorie“ (Neuschäfer 2010: 59), da zwar in den von ihm gefundenen Beiträgen geschlechtsspezifische Rollen-

zuweisungen verwendet werden, diese aber nicht eindeutig den vorab genannten Diskurssträngen zuzuordnen sind.

- **Frauen als Hauptbetroffene der Krise:** Im Unterschied zum Diskursstrang, innerhalb dessen Männer als Krisenverlierer gezeichnet werden, bleibe diese Aussage in den – verhältnismäßig wenig auftretenden – Artikeln „unspezifisch und sehr allgemein formuliert“ (Neuschäfer 2010).

Nach dieser Zusammenfassung der Rechercheergebnisse von Neuschäfer sollen im Folgenden die von ihm identifizierten Diskursstränge einer feministischen Kritik unterzogen werden.

2 Nur die halbe Wahrheit – Diskurs und Kritik

Die in der Presse formulierte Kritik am Maskulinismus des Finanzsektors verweist auf den eklatanten Mangel an Gleichberechtigung in den Führungsebenen der Finanzinstitutionen sowie der Regulierungsbehörden und Zentralbanken und innerhalb der formellen und informellen Netzwerke. Dieser Mangel wird in der geschlechtersoziologischen und geschlechterpolitischen Organisations- und Repräsentationsforschung seit längerem problematisiert (vgl. z.B. Holst/Schiemeta 2011; Annesley/Scheele 2011; Young/Schuberth 2010: 1). Auch die damit verbundene und in den erwähnten Artikeln aufgegriffene Frage, ob die gegenwärtige Krise hätte vermieden werden können, wenn mehr Frauen in den Finanzinstitutionen vertreten gewesen wären, berührt eine der grundsätzlichen Herausforderungen von Gleichstellungspolitik. Sowohl in den Auseinandersetzungen um betriebliche Gleichstellungsmaßnahmen (Gleichstellungsgesetze, Gender Mainstreaming, Diversity Management etc.) als auch in der feministischen Repräsentationsforschung (vgl. Hoecker/Scheele 2008) wird diskutiert, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Anteil von Frauen in (politischen) Entscheidungsgremien und qualitativen Veränderungen von Führungsstilen, Entscheidungen oder Politikinhalt gibt.

Im Rahmen des „Critical mass-Ansatzes“ wird beispielsweise in der Repräsentationsforschung analysiert, ob und ab welcher Schwelle eine numerische Erhöhung des Anteils von Frauen überhaupt zu qualitativen Veränderungen von Politikinhalt, Strategien zu ihrer Umsetzung oder auch der politischen Kultur führt. So zeigen empirische Untersuchungen, dass eben nicht davon ausgegangen werden kann, dass eine paritätische Vertretung von Frauen in politischen Entscheidungspositionen automatisch zu einer besseren Interessenvertretung von Frauen beiträgt – oder eben zu einem anderen, ‚klügeren‘ politischen oder wirtschaftlichen Handeln, wie es in der gegenwärtigen Krise immer wieder nahe gelegt wurde. Vielmehr lässt sich die (symbolische) Vertretung einer Gruppe (Frau sein bzw. „standing for“) und das substanzielle Handeln für eine Gruppe (für Frauen handeln bzw. „acting for“) als Spannungsverhältnis beschreiben. Die Forschungen über Parteien und Parlamente belegen vielmehr, dass nicht nur die Zahl, sondern auch der politische und parlamentarische Kontext, insbesondere Parteilichkeit und WählerInnenchaft, entscheidend sind (Hoecker/Scheele, 2008: 15; Sauer/Wöhl 2011: 10).

In den Forschungen zu Diversity Management ist ebenfalls umstritten, inwieweit eine heterogene Kultur als Schlüssel zum betriebswirtschaftlichen Erfolg begriffen werden kann. Im Unterschied zur Gleichstellungspolitik oder zu Gender Mainstreaming-Maßnahmen sollen Differenzen, die in der theoretischen Auseinandersetzung unter dem Begriff der Intersektionalität diskutiert werden, anerkannt, positiv umgedeutet oder abgebaut werden. So verfolgt Diversity Management das Ziel, die soziale und kulturelle Vielfalt – und damit auch Geschlecht – bei den Beschäftigten anzuerkennen und als strategische Ressource im Wettbewerb zu nutzen. Dazu soll eine Unternehmenskultur geschaffen werden, in der die Verschiedenheit ihrer Beschäftigten für organisationale Ziele eingesetzt wird, ohne einer bestimmten Person bzw. Gruppe Vor- oder Nachteile zu verschaffen. Es stellt sich allerdings auch hier die Frage, welche Annahmen von Geschlecht zugrunde gelegt werden müssen, damit es sich dabei potenziell um eine nützliche bzw. nutzbare Ressource handelt. Und auch hier zeigen aktuelle Analysen, dass nur wenige Studien den angenommenen positiven Zusammenhang zwischen Gender Diversity und Unternehmenserfolg bestätigen (Boerner/Keding/Hüttermann 2012). Es überwiegen hingegen inkonsistente Befunde, die – ähnlich den Ergebnissen aus der politischen Repräsentationsforschung – positive Effekte von Gender Diversity z.B. abhängig vom Wirtschaftsbereich (im Dienstleistungssektor konnte häufiger ein positiver Zusammenhang festgestellt werden als im Produktionsbereich) sowie je nach Gesamtzusammensetzung der Organisationsmitglieder (je ausgeglichener das Geschlechterverhältnis, desto seltener tauchen negative Effekte von Gender Diversity auf) bestätigen (ebd.: 51ff.).

Die Untersuchungen aus den hier nur kurz skizzierten Forschungsfeldern legen den Schluss nahe, dass der im Zuge der Krise populär diskutierte positive Zusammenhang zwischen einer Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen der Institutionen des Finanzmarktes und verantwortlicheren Entscheidungen auf selbigem nicht besteht. Dass es dennoch aus Gleichstellungsgründen notwendig ist, bestehende Barrieren im beruflichen Aufstieg von Frauen abzubauen und auch entsprechende Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen umzusetzen, bleibt davon unberührt.⁷

Darüber hinaus neigen die angeführten Aufsätze dazu, geschlechterstereotype Zuschreibungen und Naturalisierungen von Geschlecht argumentativ so zu verwenden, dass diese den Anschein empirisch nachprüfbarer Fakten bekommen. Der Diskursstrang „Männer als Krisenverursacher“ verknüpft z.B. die numerische Repräsentanz der Männer mit der Annahme, dass diese sich anders als Frauen verhielten. Dabei gelten Risikobereitschaft, Irrationalität oder das Konkurrenzdenken als Insignien von Männlichkeit (vgl. Neuschäfer 2010: 59). Die damit einhergehende Biologisierung bzw. Naturalisierung der Krisenursachen z.B. in Form einer Testosteronkrise greift in einem ähnlichen Maße auf Geschlechterzuschreibungen zurück, wie der Diskurs um das vermeintlich vor- und umsichtigere Handeln von Frauen, das diese

⁷ Die Diskussion zwischen der aktuellen Familienministerin Schröder und ihrer Vorgängerin und jetzigen Arbeitsministerin von der Leyen über die Einführung einer Quote (von der Leyen) bzw. oder einer gesetzlichen Pflicht zur Selbstverpflichtung – „FlexiQuote“ (Schröder) –, deutet darauf hin, dass dieser Diskursstrang nicht ohne Wirkung geblieben ist, sondern jahrzehntelange Gleichstellungsbemühungen beschleunigt zu haben scheint – wenn auch noch mit einem unklaren Ergebnis.

Krise verhindert hätte. Während in der Geschlechterforschung Einigkeit darüber besteht, dass „Geschlecht“ keinesfalls eine natürliche Eigenschaft ist, sondern vielmehr etwas kulturell konstruiertes, das in unterschiedlichen Interaktionsprozessen wiederholt (re-)produziert wird,⁸ dominiert im Alltagsdiskurs weiterhin die Vorstellung zweier binärer Geschlechter und Geschlechtscharaktere bzw. von natürlichen Eigenschaften von Frauen und Männern.

Auch wenn die Finanzmarktakteure überwiegend männlichen Geschlechts waren, greift deshalb der Verweis auf männliches Verhalten (übertriebenes Selbstvertrauen von Investoren, hohe Risikobereitschaft) oder die fehlende Moral – also die ‚Gier‘ – der Banker als Erklärungsansatz für die Finanzkrise zu kurz und individualisiert Grundprinzipien der kapitalistischen Ökonomie.

Sighard Neckel führt beispielsweise aus, dass Gier im modernen Kapitalismus mit dem ökonomischen Gewinnstreben an sich gleichgesetzt und „die maßloszerstörerische Seite einer Leidenschaft aus dem Begriff des wirtschaftlichen Interesses säuberlich hinausdefiniert“ wurde (Neckel 2011: 44). Dass nun gerade die Finanzmärkte bzw. die dort tätigen Akteure als ‚gierig‘ klassifiziert werden, sei nicht überraschend, da es sich bei Gier um ein maßloses Streben nach Gütern, die die reine Potenzialität endloser Möglichkeiten repräsentieren, handle. Die Finanzmärkte handelten nun eben genau mit Erwartungen bzw. Erwartungserwartungen, die sich auf die künftige Bewertung von Investments und Kapitalanlagen richten (Neckel 2011: 47). Neckel sieht nun in dem Versuch, Charaktereigenschaften von Personen als Erklärungsvariable heranzuziehen, eine Naturalisierung von ökonomischen Prinzipien (Wettbewerbszwänge und Renditeerwartung) mit dem Ziel, die Akteure aus der Verantwortung zu entlassen – im Sinne einer „strukturierten Verantwortungslosigkeit“, wie seine 2010 mit Honegger und Magnin herausgegebene Publikation heißt.

Diese Entlassung aus der Verantwortung ist allerdings gebrochen: einerseits wurden eben doch einzelne Personen und ihre ‚Zockermentalität‘ für die Krise verantwortlich gemacht, wie z.B. der ehemalige Chef der britischen Großbank Royal Bank of Scotland (RBS), Sir Fred Goodwin oder auch die Banker, die mit ihren Pappkartons die Wallstreet entlangliefen. Diese ‚Bauernopfer‘ mögen dazu dienen, aufgebrachte AnlegerInnen zu beruhigen, erschüttern aber das Finanzsystem – die Märkte – kein bisschen. Vielmehr erleben wir so etwas wie eine Abspaltung eines guten Kapitalismus von einem schlechten Finanzmarktkapitalismus – wobei letzterer keine Rücksicht auf Menschen, auf Arbeit und ‚reale Ressourcen‘ nimmt, sondern danach strebt, in virtuellen Räumen mit fiktivem Kapital nach Profit zu suchen. Dass es sich dabei nur um eine Fortsetzung von kapitalistischen Grundprinzipien in anderen Sphären handelt, wird oftmals übersehen. Folgt man dieser Argumentation, dann ist es mehr als fraglich, ob die Lehman Sisters tatsächlich anders gehandelt hätten.

⁸ Der „Doing Gender“-Ansatz nach West und Zimmerman (1987) betont, dass Geschlecht nicht etwas ist, was man hat oder ist, sondern dass es im alltäglichen Handeln immer wieder hergestellt und durch die institutionelle Reflexivität untermauert und gefestigt wird. Im Kontext des Arbeitshandelns lässt sich mit Hofbauer festhalten, dass über das „Doing Gender while Doing Work“ (Gottschall) das System der geschlechtlichen Arbeitsteilung reproziert wird, „indem es die weibliche oder männliche Geschlechtersymbolik eines Berufes bestätigt und hervorbringt“ (Hofbauer 2004: 50).

Der Diskurs über „Männer als Verlierer der Krise“, „(...) weil sie [Männer] öfter in krisenanfälligen Berufen wie Maschinenbau und Autoindustrie arbeiten“ (Handelsblatt Nr. 11: 4) und Frauen als Krisengewinnerinnen, die in Bereichen arbeiten, die nicht unmittelbar von Absatzeinbußen betroffen sind,⁹ zeigt ebenfalls nur die halbe Wahrheit: Frauen scheinen zwar auf den ersten Blick in krisenfesteren Positionen zu arbeiten, diese haben jedoch von vorneherein eine negative Schlagseite. Horizontale und vertikale Segregation, Einkommensunterschiede, Teilzeitarbeit und Beschäftigung im informellen Bereich sind nur einige Stichworte, die diese Schlechterstellung deutlich machen. Zweitens rückt der Arbeitsplatzverlust bei Frauen seltener in den Blick, da diese häufig nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren und deshalb gar nicht (mehr) in der Arbeitslosenstatistik auftauchen. Drittens werden die sogenannten Zweitrundeneffekte, also die mögliche überproportionale Betroffenheit von frauendominierten Sektoren im Zuge eines möglichen Nachfragerückgangs und Einsparungen im öffentlichen Haushalt, nicht gesehen. Von Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen sind wiederum Frauen in zweifacher Hinsicht berührt. Zum einen sind dort mehr als die Hälfte der Beschäftigten weiblich, zum anderen sind Frauen die Hauptnutzerinnen insbesondere sozialer Dienste wie Kinderbetreuung, Altenpflege, Bildung oder auch Gesundheit (Walby 2009).

Zusammenfassend zeigen die untersuchten Diskursstränge, dass Journalisten häufig „Geschlecht“ als Erklärungsvariable heranziehen – und diese dabei nicht nur als soziale Kategorie, z.B. bei der Analyse von Erwerbsstatistiken, gebrauchen, sondern entlang der Geschlechterordnung und ihrer Veränderungen mit Bedeutungen versehen, die an verbreitete Stereotypen anschließen, wie jenes vom (männlichen) Banker als hormongesteuerten, irrationalen Draufgänger und das der Frau als rationalere, profitablere, wertorientierte Anlegerin, Managerin oder Kreditnehmerin. Diese brechen zwar mit alten geschlechterkulturellen Vorstellungen, nach denen der Mann als rationales und die Frau als emotionales Wesen gilt, sie bleiben aber grundsätzlich dem Prinzip der Stereotypisierung und Essentialisierung verhaftet und schaffen neue Zuschreibungen und Festlegungen. Damit verbunden ist nicht nur eine starke Individualisierung von strukturellen Problemen, sondern auch die Gefahr – und darauf hat Christa Wichterich (2010) hingewiesen – dass ‚nur‘ Geschlecht thematisiert wird und nicht mehr andere gesellschaftliche Ungleichheitsdimensionen (z.B. Klasse, Ethnie, Herkunft). Es wird deutlich, dass der medial inszenierte Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Akteure und ihrem Handeln mit vielen Widersprüchen verbunden ist.

Auch wenn dabei zu berücksichtigen ist, dass Medien immer auch um Aufmerksamkeit kämpfen müssen und in diesem Zusammenhang bevorzugt einfache, ‚große‘ Schlagzeilen suchen, spiegeln die dort formulierten Annahmen über Geschlecht bestehende, in Arbeits- und Produktionsverhältnissen eingelagerte geschlechterkulturelle Leitbilder wider, von denen auch die politischen Krisenreaktionen nicht frei waren.

⁹ Exemplarisch dafür „Die Zeit“ im Juli 2009: „Die Weibervirtschaft. Männer verlieren ihre Jobs, Frauen kommen voran – in dieser Krise schneller denn je.“ (Die Zeit, 23. Juli 2009: 17ff.)

3 „Entschlossen in der Krise“¹⁰ – die Konjunkturprogramme der Bundesregierung(en)

Die Krise äußerte sich in Deutschland 2008 als Bankenkrise und in einer stark zurückgehenden Nachfrage nach Exportgütern – bei einer ohnehin schwachen Binnen- nachfrage. Damit waren die Krisenherde relativ gut einzugrenzen und ermöglichten es der damaligen großen Koalition sowie der nachfolgenden schwarz-gelben Koalition eine gezielte Strategie zur Wachstumssteigerung und Beschäftigungssicherung einzuschlagen. Neben den Maßnahmen zur Bankenrettung wurden im Rahmen der Konjunktur- und Steuerentlastungspakete im Herbst 2008, zu Beginn 2009 und im Herbst 2009 investitionspolitische Entscheidungen zur direkten und indirekten Unternehmensförderung getroffen und darüber hinaus der gesetzliche Rahmen für betriebsinterne Flexibilität wie Kurzarbeit, Überstundenabbau, Arbeitszeitkonten etc. erweitert. Zudem sollte durch die Schaffung von Teilzeitstellen im Dienstleistungssektor – einem Wirtschaftszweig, der weniger unter der aktuellen Krise zu leiden hatte – der Strukturwandel vorangetrieben werden (vgl. Stein/Aricò 2010).

Diese Strategie war durchaus erfolgreich, Massenentlassungen konnten verhindert werden und die Arbeitslosenzahlen in Deutschland lagen bereits im Jahr 2010 auf dem Vorkrisenwert und im Frühjahr 2012 auf dem niedrigsten Stand seit zwanzig Jahren. Allerdings zeigen Studien zur Wirkung der Konjunkturpakete, dass strukturelle Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und von Beschäftigung nicht beeinflusst bzw. gar aufgehoben wurden, sondern der Beschäftigungsanstieg nach der Rezession weitgehend auf der Basis sogenannter „atypischer Beschäftigung“ entstand: „Drei Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse, die zwischen 2009 und 2010 entstanden sind, sind atypisch (Leiharbeit, befristete Beschäftigung oder Teilzeitarbeit). Die Hälfte des Beschäftigungsanstiegs erfolgte auf der Basis von Leiharbeit.“ (Auth 2012: o.S.). Die Bundesagentur für Arbeit hat außerdem darauf hingewiesen, dass sich im Jahresverlauf 2010 der Arbeitsmarkt zugunsten von Männern entwickelt hat, da deren Arbeitslosenzahlen zwischen Dezember 2009 und Dezember 2010 um 10% gefallen sind, während der Rückgang bei Frauen im gleichen Zeitraum nur bei 6% lag. Während Männer von der Krise stärker betroffen waren als Frauen, profitierten sie nun mehr vom ökonomischen Aufschwung (Bundesagentur für Arbeit 2011: 7). Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, warum z.B. kein Gender Budgeting (vgl. Frey 2010) der Konjunkturprogramme und Konsolidierungspolitiken durchgeführt wurde. Darunter wird die kontinuierliche Integration der Geschlechterperspektive in alle Phasen des Haushaltsprozesses, von der Planung über die Umsetzung bis zur Kontrolle der öffentlichen Haushalte verstanden (Frey 2010). Es gibt bereits eine Reihe internationaler rechtlicher und politischer Verpflichtungen zur Umsetzung von Gender Budgeting auf der nationalen Ebene, und schon vor einigen Jahren wurde im Auftrag der Bundesregierung eine Machbarkeitsstudie zu Gender Budgeting durchgeführt; dies hatte jedoch keine weiteren Umsetzungsschritte auf der Bundesebene zur Fol-

¹⁰ Aus der Überschrift des zweiten Konjunkturprogramms der großen Koalition vom 13. Januar 2009 – der ganze Titel lautet: „Entschlossen in der Krise, stark für den Aufschwung“ (<http://bmwi.de/BMWi/Navigation/Medienraum/infografiken,did=294896.html?view=renderPrint>).

ge. Bisher wurden nur regional begrenzte Analysen von Teilbereichen der betreffenden öffentlichen Haushalte erstellt (Schratzenstaller 2012: o.S.).

Es ist zudem noch nicht abzusehen, welche Folgen die Staatsverschuldung Deutschlands und die beschlossenen Finanzierungsprogramme für andere verschuldete europäische Staaten haben werden. Gegenwärtig sind trotz deutlichen Wirtschaftswachstums das Finanzierungssaldo des Staates und der Schuldenstand weiter angestiegen – und steigen vielleicht noch weiter an. Im Bundeshaushalt 2011 wurden bereits – infolge der Schuldenbremse und der Konsolidierungspolitik – in vielen Ressorts Sparmaßnahmen durchgeführt. Von Kürzungen betroffen sind die Bereiche Arbeit und Soziales (-8,6%), Gesundheit (-2,2%) und Familie (-1,6%). Einen höheren Etat hatte dagegen der Bereich Bildung und Forschung (+7,2%). Auch im Bundeshaushalt 2012 wird der Konsolidierungskurs fortgesetzt (vgl. Auth 2012: o.S.).

Die eingeschlagenen Krisenbewältigungsprogramme haben zwar die Exportwirtschaft stabilisiert und damit zu einer insgesamt positiven Wirtschaftsentwicklung in Deutschland beigetragen, sie haben aber nebenbei die unterschiedliche Stellung am Arbeitsmarkt von Frauen und Männern eher stabilisiert als einen Beitrag zu ihrem Abbau geleistet. Nach Berechnungen von Gabriele Schambach (2010) (und zu einem ähnlichen Befund kommt auch Maja Kuhl (2010) in ihrer Expertise) kamen die beschäftigungspolitisch relevanten Maßnahmen der Konjunkturprogramme zu 72% männlichen und nur zu 28% weiblichen Beschäftigten zugute. Aspekte der sozialen Reproduktion (mit Ausnahme der Bildungskrise) wurden weitestgehend ignoriert, anstatt „sozialpolitische Ziele von Anfang an in die Konjunkturpakete einzubauen und soziale Dienstleistungen als Zukunftsbranchen zu entwickeln“ (Wichterich 2010: 182). An sich hätten die konjunkturpolitischen Maßnahmen durchaus dazu dienen können, indem beispielsweise im Rahmen einer Bildungs- und Qualifizierungsoffensive nicht nur in die bautechnische Sanierung von Bildungseinrichtungen, sondern – gerade mit Blick auf die Kinderbetreuung – auch in die Personalausstattung investiert worden wäre oder indem ein konkretes Programm mit entsprechender finanzieller Ausstattung zur Qualifizierung von Personal im Bereich von Betreuung und Pflege entwickelt worden wäre.

Begreift man mit Gertraude Mikl-Horke (2011: 210) „Finanz- und Wirtschaftskrisen auch als Krisen der Gesellschaft und ihrer Struktur“, dann lassen sich der Krisendiskurs und Krisenpolitiken auch als Ausdruck eines geschlechterpolitischen Konservatismus (Scheele 2009) interpretieren, der gekennzeichnet ist von einem noch immer fordistisch geprägten Arbeits- und Wirtschaftsmodell mit Massenkonsum und (männlicher) Vollbeschäftigung. In dieser Perspektive werden die natürlichen Grundlagen (Produktivität und Reproduktivität von Natur sowie die wechselseitige Abhängigkeit des Menschen/Care) externalisiert und nicht oder nur gering einbezogen und bewertet. Wenn überhaupt berücksichtigt wird, dass Dienstleistungen ein zentrales Moment des ökonomischen wie auch des gesellschaftlichen Wandels sind, liegt der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit meist auf den produktionsorientierten Dienstleistungen (beispielsweise Fertigung, Montage, Wartung von Maschinen) oder den sogenannten primären Dienstleistungen (Einkauf, Verkauf, Versand, Transport und Lagerung), wobei auch hier wieder die technikvermittelte Dienstleistungsarbeit in

den Vordergrund gestellt wird und nicht der Sektor der sekundären bzw. Humandienstleistungen (vgl. Scheele 2009).

Indem von vorneherein die Sicherung der (internationalen) Nachfrage im Zentrum der Politik stand, fanden mögliche Alternativen in Richtung eines geschlechtergerechten und ökologischen Konjunkturprogramms keine Berücksichtigung. Auch die unterschiedliche Wirkung, die Konjunkturprogramme und Konsolidierungsmaßnahmen auf Frauen und Männer aufgrund der Arbeitsmarktsegregation und der grundsätzlich unterschiedlichen sozio-ökonomischen Position haben, wurde von den politischen Akteuren weder ex ante noch ex post analysiert. Die hier dargelegten Überlegungen verweisen zunächst auf die Notwendigkeit empirischer Analysen, in denen besonders auch die sogenannten Zweitrundeneffekte auf unterschiedliche Wirtschaftssektoren und Beschäftigtengruppen in den Blick genommen werden. Dabei ist Geschlecht eine wichtige, aber sicher nicht hinreichende Kategorie. Darüber hinaus bedarf es weiterer theoretischer und politischer Auseinandersetzung über Möglichkeiten alternativer ökonomischer Modelle, die die Grenzen des Wachstums und die Sorge für sich und Andere zum zentralen Bezugspunkt nehmen.

Literatur

- Auth, Diana (2012): Auswirkungen der (Finanz- und Wirtschafts-)Krise auf den Wohlfahrtsstaat. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht. Münster Westfälisches Dampfboot (i.E.).
- Annesley, Claire/Scheele, Alexandra (2011): Gender Capitalism and Economic Crisis: Impact and Responses across Europe. In: Journal of Contemporary European Studies. Vol. 19 (2011), No. 3: 335-347.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2009): Woran der Kapitalismus krankt. Süddeutsche Zeitung Nr. 94, 24. April: 8.
- Boerner, Sabine/Keding, Hannah/Hüttemann, Hendrik (2012): Gender Diversity und Organisationserfolg – Eine kritische Bestandsaufnahme. In: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, Jg. 64 (2012), H. 1: 37 – 70.
- Bundesagentur für Arbeit (2011): Arbeitsmarkt in Deutschland – Zeitreihen bis 2010. Nürnberg. <http://statistik.arbeitsagentur.de> [zuletzt aufgesucht am 20.3.2012].
- Connell, Raewyn (2010): Im Innern des gläsernen Turms: Die Konstruktion von Männlichkeiten im Finanzkapital. In: Feministische Studien, Jg. 28 (2010), H. 1: 8-24.
- Demirovic, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hg.) (2011): Vielfachkrise. Im Finanzmarktdominierten Kapitalismus. Hamburg: VSA.
- Ehnis, Patrick (2009): Väter in Erziehungszeiten. Politische, kulturelle und subjektive Bedingungen für mehr Engagement in der Familie. Sulzbach im Taunus: Ulrike Helmer Verlag.
- Frey, Regina (2010): Gender Budgeting als geschlechterpolitische Strategie. In: Internationale Politik und Gesellschaft. H. 2: 35-47.

- Hoecker, Beate/Scheele, Alexandra (2008): Feminisierung der Politik? Neue Entwicklungen und alte Muster der Repräsentation – Einleitung. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft*, Jg. 17 (2008), H. 2: 9-19.
- Hofbauer, Johanna (2004): Distinktion – Bewegung an betrieblichen Geschlechtergrenzen. In: Pasero, Ursula/Priddat, Birger P. (Hg.): *Organisationen und Netzwerke: Der Fall Gender*. Wiesbaden: Springer VS, S. 45-64.
- Honegger, Claudia/Neckel, Sighard/Magnin, Chantal (2010): *Strukturierte Verantwortungslosigkeit*. Berichte aus der Bankenwelt. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Holst, Elke/Schiemeta, Julia (2011): 29 von 906: Weiterhin kaum Frauen in Top-Gremien großer Unternehmen. *Wochenbericht des DIW Berlin*, Nr. 3, 2-10. Internet: http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.366825.de/11-3-1.pdf [zuletzt aufgesucht am 7.3.2011].
- Kuhl, Mara (2010): *Wem werden Konjunkturprogramme gerecht?* Friedrich-Ebert-Stiftung WISO Diskurs, Bonn, 2010. Internet: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/07230.pdf> [zuletzt aufgesucht am 21.03.2012].
- Mikl-Horke, Gertraude (2011): Finanzmärkte und ihre Krisen aus soziologischer Sicht. In: Mikl-Horke, Gertraude (Hg.): *Historische Soziologie – Sozioökonomie – Wirtschaftssoziologie*. Wiesbaden: Springer VS, S. 210-230.
- Neckel, Sighard (2011): Der Gefühlskapitalismus der Banken: Vom Ende der Gier als „ruhiger Leidenschaft“. In: *Leviathan*, Jg. 39 (2011), H. 1: 39-53.
- Neuschäfer, Oliver (2010): *Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Geschlechterverhältnisse in Deutschland*. Unveröffentlichte Diplomarbeit im Fach Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg. Februar 2010.
- Nickel, Hildegard Maria/Hüning, Hasko/Frey, Michael (2008): *Subjektivierung, Verunsicherung, Eigensinn*. Auf der Suche nach Gestaltungspotentialen für eine neue Arbeits- und Geschlechterpolitik. Berlin: Edition Sigma.
- Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (2011): *Demokratie und Geschlecht*. In: Friedrich-Ebert-Stiftung Policy Paper. *Demokratie in Deutschland*. Download: http://www.demokratie-deutschland-2011.de/common/pdf/Demokratie_und_Geschlecht.pdf.
- Schambach, Gabriele (2010): *Gender in der Finanz- und Wirtschaftskrise*. Beschäftigungsrelevante Aspekte in den Konjunkturpaketen der Bundesregierung für Frauen und Männer. Expertise für die Hans-Böckler-Stiftung. Internet: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-285-3-1.pdf [zuletzt aufgesucht am 21.03.2012].
- Scheele, Alexandra (2009): Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht? In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jg. 54 (2009), H. 3: 26-28.
- Schatzenstaller, Margit (2012): *Konsolidierungspolitiken in Deutschland und Österreich – auf Kosten von Frauen?* In: Kurz-Scherf, Ingrid/Scheele, Alexandra (Hg.): *Macht oder ökonomisches Gesetz? Zum Zusammenhang von Krise und Geschlecht*. Münster: Westfälisches Dampfboot (i.E.)
- Stein, Ulrike/Aricò, Fabio (2010): *Beschäftigungspolitische Krisenreaktionen in Deutschland, Italien und dem Vereinigten Königreich*. *WSI-Mitteilungen* 11 (2010): 569-576.

- Walby, Sylvia (2009): Gender and the Financial Crisis. http://www.lancs.ac.uk/fass/doc_library/sociology/Gender_and_financial_crisis_Sylvia_Walby.pdf [zuletzt aufgesucht am 21.03.2012].
- West, Candace/Zimmerman, Don H., (1987): Doing Gender. In: Gender & Society. Vol. 1, No. 2, 125-151.
- Wichterich, Christa (2010): Geschlechteranalysen und -diskurse in der Krise. In: Peripherie, Jg. 30 (2010), H. 118/119: 164-187.
- Young, Brigitte/Schuberth, Helene (2010): The Global Financial Meltdown and the Impact of Financial Governance on Gender. GARNET-Policy Brief, January. Paris: Science politique.